



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Informationszentrum Asyl und Migration

S e r b i e n u n d
M o n t e n e g r o /
K o s o v o

Erkenntnisse des Bundesamtes

Berichtszeitraum:

Dezember 2004 – März 2005

Stand: März 2005

Zur dienstlichen Verwendung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Referat 413 - Analyse nichtislamische Herkunftsländer

90343 Nürnberg - Telefon: (0911) 943-7300/ Fax: -7299

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Copyright reserved

Any kind of use of this edition not expressly admitted by copyright laws requires approval by the Federal Office (Bundesamt) especially as far as reproduction, adaptation, translating, microfilming, or preparing and storing in electronic retrieval systems is concerned.

Reprinting of extracts of this edition as well as reproductions for internal use is allowed only upon prior approval by the Bundesamt and when citing sources.

Schrankenerklärung (Disclaimer)

Dieses Produkt enthält Erkenntnisse, die das Bundesamt im Rahmen seiner Sachaufklärungspflicht aus teilweise nicht öffentlichen Quellen erlangt hat. Der Inhalt wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt recherchiert und redigiert. Nicht öffentliche Quellen genießen Quellenschutz. Eine Nennung des Recherchierenden und seiner Gesprächspartner ist daher grundsätzlich nicht möglich. Um die Informationen gleichwohl den am Asylverfahren Beteiligten zur Verfügung zu stellen, wurde die Reihe "Erkenntnisse des Bundesamtes" geschaffen.

Ihr Inhalt stellt keine politische Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Behörden dar.

Disclaimer

This edition includes information the Bundesamt (Federal Office) obtained in exercising its duty to establish factual evidence including sources not available to the public. The content was researched and edited with utmost care. Non public sources are protected. Therefore the general rule is that the researcher and his or her interview partners may not be disclosed. In order to make the information obtained available to the partys involved in the asylum proceedings despite this, the series „Findings of the Bundesamt“ was created.

The content is no political statement of the Federal Republic of Germany nor of German authorities.

Übersicht

1. AKTUELLES.....	5
1.1 POLITISCHE SITUATION.....	5
1.2 WIRTSCHAFT UND SOZIALES	9
1.3 SICHERHEITSLAGE	12
1.4 SONSTIGES.....	14
2. VERWALTUNG, JUSTIZ UND POLIZEI	15
3. RÜCKFÜHRUNGEN / RÜCKKEHR.....	15
3.1 RÜCKFÜHRUNGEN	15
3.2 RÜCKKEHRSTATISTIK	18
4. MEDIZINISCHE VERSORGUNG	19
4.1 ALLGEMEINES.....	19
4.2 PSYCHOTHERAPEUTISCHE BEHANDLUNGSMÖGLICHKEITEN VON TRAUMATISIERTEN PERSONEN (PTBS)	20
4.3 SONSTIGE NEUERE EINZELAUSKÜNFTE	24
5. MIGRATION.....	25

1. Aktuelles

1.1 Politische Situation

Premierminister Haradinaj vor Kriegsverbrecher Tribunal angeklagt: Der erst im Dezember 2004 zum Ministerpräsidenten des Kosovo gewählte Ramush Haradinaj ist vor dem Haager Tribunal für Kriegsverbrechen angeklagt worden und hat deshalb sein Amt niedergelegt und sich am 9. März freiwillig dem Tribunal gestellt.

Für viele Albaner verkörperte der 36-jährige den Befreiungskampf gegen Serbien. Die UN-Zivilverwaltung des Kosovo befürchtete deshalb Massenproteste, die Kfor befand sich im Alarmzustand. Bombendrohungen gingen ein. Die Regierung berief eiligst eine Sondersitzung ein. Sowohl Haradinaj selbst, als auch Präsident Rugova, UNMIK-Verwalter Jessen-Peterson, EU-Generalsekretär Javier Solana sowie der KPC Kommandeur Agim Çeku riefen die albanische Bevölkerung zur Ruhe auf.

Die albanischen Kriegsveteranenverbände ließen verlauten, dass die Anklage eine Beleidigung der Albaner sei, man solle aufhören, die Freiheitskämpfer zu kriminalisieren. Weiter hieß es, die Verbände könnten zu zivilem Ungehorsam aufrufen. Die UÇK -Kriegsveteranen forderten die Politiker dazu auf, ihre Arbeit ruhen zu lassen und zurückzutreten.

Die albanische Befreiungsarmee (ALA) ließ verbreiten, die Anklage sei aus Serbien diktiert und stelle den Gipfel der Ungerechtigkeiten im Kosovo dar. Die ALA bekannte sich zu den Explosionen der letzten Woche und sagte, sie würden sich nicht gegen Menschenleben richten, sondern nur Warnungen aussprechen. Sie rief alle Mitglieder der früheren Armeen (KLA, UCPMB, ANA) zur Generalmobilmachung auf, bis die Mission erfüllt sei.

Haradinaj hat sich in seiner kurzen Amtszeit den Ruf eines tatkräftigen Politikers erworben und gilt als politisches Talent. Die UNMIK Verwaltung hat ihm zusätzliche Kompetenzen übertragen, er begann gegen heftige Widerstände seines Koalitionspartners und der Opposition mit der Dezentralisierung der Provinz. Er verfasste einen Aufruf zur Rückkehr an die serbischen Vertriebenen. Durch seinen Einsatz für Menschenrechte und Reformen hat er sogar internationale Skeptiker überzeugt. Immerhin ist es ihm gelungen, den Chef der serbischen Bürgerinitiative Slaviska Petkovic, in die Regierung zu holen. Er sei unter den Kosovo-Politikern der Einzige mit einer echten Bereitschaft zum Dialog und zur Verständigung, so sind sich Beobachter einig. Jessen-Petersen nach seinem Rücktritt: „Sein Abgang wird eine riesige Lücke hinterlassen“.

Internationale Beobachter gehen davon aus, dass sich nun der Standard-Implementierungsprozess und damit der für Mitte 2005 vorgesehene Beginn der Statusverhandlungen um Monate verzögern könnte, was die schon verbreitete Unzufriedenheit in der Bevölkerung - auch bezüglich der VN-Mandatsverwaltung - nur verstärken würde.

Haradinaj wird vorgeworfen, als Kommandant der UCK-Truppen im Westen Kosovos Kriegsverbrechen an serbischen und "nicht-kooperationswilligen" albanischen Zivilisten während des Konfliktes (1998/99) begangen zu haben. Er soll zahlreiche Hinrichtungen angeordnet und sogar selbst mehrere Serben, Roma und Albaner ermordet haben.

Der in Decani geborene Politiker war stets der Überzeugung, dass der Kosovo nur mit Gewalt zu befreien sei. Seinen Widerstand gegen die serbische Unterdrückungspolitik begann er im Schweizer Exil, wo er als Bauarbeiter und Türsteher arbeitete. Haradinaj war einer der Gründer der Befreiungsarmee, die er ab 1989 von der Schweiz aus aufbaute. Schon 1994 soll er Waffen in den Kosovo geschmuggelt haben. Ab 1997 war er als Kommandant unter dem Namen „Smajl“ innerhalb der Gruppe „Schwarze Adler“ an Angriffen gegen serbische Sicherheitskräfte beteiligt.

Nach dem Einmarsch der Nato im Juni 1999 gründete er die albanische Fortschrittspartei AAK. Nach der Umwandlung des UCK in das KPC war er einer der engsten Mitarbeiter des TNK-Kommandanten Agim Ceku. Die Strukturen der UCK erwiesen sich als nachhaltig. Nach dem Krieg beklagte die UNMIK verbotene Steuereinzahlungen, Schutzgelderpressungen und Zigarettschmuggel der Nachfolgeorganisation Kosovo-Schutzkorps.

Die Brüder Haradinaj gehörten zur Dukadjini-Gruppe. Ramush Haradinaj wurde im Mai 2000 von der internationalen Polizei mit illegalen Waffen erwischt. Zwei Monate später fuhr er mit seinem Bruder zu einer verfeindeten Familie, "um ein Gespräch" zu führen. Bei dem "Gespräch" explodierte eine Handgranate, die auch Haradinaj verletzte. Kurze Zeit später kam ein Zeuge um. Er selbst wurde nie verurteilt, sein Bruder Daut sitzt jedoch im Gefängnis.

Neuer Premierminister im Kosovo gewählt: Gut zwei Wochen nach dem Rücktritt von dem als Kriegsverbrecher angeklagten Regierungschef des Kosovo, Ramush Haradinaj, ist



sein Nachfolger Bajram Kosumi am 24. März 2005 zum Premierminister gewählt worden. „Die neue Regierung wird die Fortsetzung der vorangegangenen sein“, sagte Kosumi nach seiner Wahl im Parlament in Pristina. Der 45-jährige ist ein Parteifreund und enger Vertrauter Haradinajs und amtierte bisher als Umweltminister. Der Koalitionsregierung gehören

außer zwei neuen Ministern alle aus dem alten Haradinaj-Kabinetten an.

Bajram Kosumi hat vor dem Krieg ausschließlich mit friedlichen Mitteln Widerstand geleistet. Wegen seiner Teilnahme an Studentendemonstrationen im Jahre 1981, die die Unabhängigkeit für den Kosovo forderten, wurde er zu einer Gefängnisstrafe von 10 Jahren verurteilt, von denen er acht verbüßte. Nach einem Philosophie-Studium in Pristina, arbeitete er einige Zeit als Journalist. 1994 wurde er Vorsitzender der Parlamentarischen Partei, eine der ersten

albanischen Parteien, die im Kosovo gegründet wurden. Im Jahr 1999 gehörte Kosumi der kosovarischen Delegation in Rambouillet an. Zu dieser Zeit war er Informationsminister in der international nicht anerkannten Regierung von Hashim Thaci. Nach Kriegs-Ende im Jahre 2000 gründete Kosumi gemeinsam mit Haradinaj die „Allianz für die Zukunft Kosovos“ und wurde stellvertretender Vorsitzender der Partei.

Verhandlungen über Status-Frage sollen im Herbst beginnen: Der Leiter der UN-Verwaltung im Kosovo, Soren Jessen-Peterson, hat am 24. Februar der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Verhandlungen über den endgültigen Status des Kosovo in der zweiten Jahreshälfte gestartet werden könnten. Dies sagte er vor dem UN-Sicherheitsrat bei der Vorstellung der Lage im Kosovo. Die Gespräche über den künftigen Status des Kosovos sollen wie geplant im Herbst dieses Jahres beginnen. Auch wenn die Sicherheit in der serbischen Provinz noch brüchig und die ethnische Versöhnung noch nicht verwirklicht sei, gebe es keinen Grund für eine Änderung im Zeitplan, sagte Jessen-Petersen nach der Vorlage seines jüngsten Berichts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Hauptproblem seien nach wie vor die Beziehungen zwischen der albanischen Mehrheitsbevölkerung im Kosovo und der serbischen Minderheit. So haben die im Kosovo lebenden Serben die Wahlen im vergangenen Jahr boykottiert.

Jessen-Petersen wird dem Sicherheitsrat im Mai einen weiteren Lagebericht erstatten. Der Sicherheitsrat kann ihn dann mit einer abschließenden Bewertung beauftragen. Davon hängt dann ab, ob Gespräche über den endgültigen Status der Provinz angesetzt werden.

Rücktritt Rugovas von seinem Amt als Parteivorsitzender: Präsident Ibrahim Rugova trat im Februar von seinem Amt als Parteivorsitzender der Demokratischen Liga Kosovo LDK zurück. Rugova war Mitbegründer der LDK, der größten Partei der Kosovo-Albaner, deren Vorsitz er seit 1989 innehatte. Ein Nachfolger wurde noch nicht bestimmt. Im Gespräch sind: Kole Berisha, Lulzim Zeneli, Lutfi Haziri und Fatmir Sejdiu¹.

Kosovo-Regierung hat Dezentralisierungsplan angenommen: Die Regierung im Kosovo hat am 22. Februar einen Plan zur Reform der lokalen Verwaltung gebilligt. Dieser soll später im Parlament umgesetzt werden. Zunächst ist eine Testphase anberaumt. In dieser Phase werden fünf kommunale Einheiten gebildet: zwei Ortschaften mit mehrheitlich serbischen Einwohnern, zwei mit albanischer Mehrheit, eine mit türkischer Mehrheit. Es wird beabsichtigt, dass sie in der Zukunft zu Kommunen werden. Es handelt sich um die Kommunen Gračanica, Partes, Djeneral Jankovic, Junik und Mamusa.

¹ Deutsches Verbindungsbüro, Presseschau Kosovo, 8. KW 2005

Durch den Regierungsbeschluss hat die serbische Volksgruppe die Möglichkeit bekommen, die Pilotprojekte in Gracanica und Partes, unweit von Gnjilane, umzusetzen. Die albanische Volksgruppe wird an Pilotprojekten in Djeneral Jankovic, an der Staatsgrenze zu Mazedonien, und Junik, unweit von Decani, beteiligt sein. Die türkische Volksgemeinschaft hat eine eigene Kommune in Mamusa, unweit von Prizren, bekommen.

Der Kosovo-Regierungschef Ramush Haradinaj hat gemäß den Medienberichten nach einer Regierungssitzung erklärt, dass der Plan über die Pilotprojekte keineswegs einer Kantonenbildung gleichkomme, sondern auf den Abbau von parallelen Machtstrukturen in der Provinz abziele. Der Dezentralisierungsplan wurde von Experten der Provinz-Regierung, der UNO-Mission, des Europarates und der USAID gemeinsam angefertigt. Die serbische Volksgruppe war an seiner Anfertigung auf Anraten Belgrads nicht beteiligt. Nach Angaben des lokalen Serbenführers Oliver Ivanovic sieht der Dezentralisierungsplan den Anstieg der Gemeindezahl von aktuellen 30 auf 75 bis 80 vor. Die serbische Volksgruppe, die zurzeit in fünf Kommunen an der Macht ist, soll weitere fünf bis sechs Kommunen bekommen. Der Dezentralisierungsplan soll demnächst auch vom Kosovo-Parlament debattiert werden.

Die oppositionelle Demokratische Partei Kosovos (PPD) von Hashim Thaci verließ aus Protest das Parlament. Sie befürchtet, dass durch den Regierungsplan neue serbische Enklaven im Kosovo entstehen werden. Der Abgeordnete Jakup Krasniqi sagte, der alte Plan werde missachtet und durch neue Punkte ergänzt, wodurch der Kosovo in Enklaven geteilt werde.

Serbiens Präsident Tadic besuchte den Kosovo: Tadic besuchte neben dem Sitz der UN-Verwaltung in Pristina serbische Enklaven. Seinen zweitägigen Kosovo-Besuch der serbischen Siedlungsgebiete hat Serbiens Präsident Boris Tadic am 14 Februar im serbischen Teil von Kosovska Mitrovica beendet. Unter hohen Sicherheitsmaßnahmen wurde Tadic in dieser Stadt von mehreren Hundert Serben empfangen. Er zog dort ein Resümee nach dem Besuch von mehr als zehn serbischen Enklaven. Ihm zufolge ist die Lage der Serben in diesen Orten unterhalb jeglicher zivilisatorischer Mindestanforderung. An beiden Tagen des Aufenthalts der Delegation des serbischen Präsidenten im Kosovo, begleitet von rund 50 in- und ausländischen Journalisten, wurde der Konvoi von Albanern in Pristina, Djakovica und anderen Orten mit Steinen, Eiern und Schneebällen beworfen.

Belgrad weiter gegen serbische Beteiligung an Kosovo-Institutionen²: Bei den Parlamentswahlen 2004 haben die serbischen Parteien die Wahlen weitgehend boykottiert, sodass lediglich die Liste für Kosovo und Metohija acht und die Serbische Bürgerliste zwei Abgeordnetenplätze erhielten. Die acht Abgeordneten der Serbischen Liste für Kosovo und

² UNMIK Media Monitoring, 2 March 2005

Metohija hatten ihre Mandate auf Anraten Belgrads anfangs aber noch nicht angenommen. Vier Monate nach der Parlamentswahl im Kosovo hat die "Serbenliste für Kosovo und Metohija" angekündigt, die ihnen zustehenden acht Parlamentssitze ab März doch besetzen zu wollen³.

Die serbische Regierung hat ihre Ablehnung einer Teilnahme der serbischen Volksgruppe an den Institutionen der von der UNO verwalteten Provinz Kosovo jedoch bekräftigt. Slobodan Samardzic, Berater von Ministerpräsident Vojislav Kostunica, erklärte laut Medienberichten, die Serben-Vertreter sollten sich weder an der Arbeit des Kosovo-Parlaments noch an der Provinz-Regierung beteiligen.

Für die Kosovo-Serben waren zehn Parlamentsmandate unabhängig vom Wahlergebnis reserviert. Acht erhielt die "Serbenliste" zugesprochen, zwei die "Bürgerinitiative Serbiens". Deren Chef, Slavisa Petkovic, nahm schon im Dezember das Angebot von Kosovo-Regierungschef Ramush Haradinaj an, sich an der Regierung zu beteiligen. Petkovic ist seither im Kabinett für die Flüchtlingsrückkehr zuständig.

Serbischer Minister in Kosovo-Regierung: Slavisa Petkovic von der Serbischen Bürgerinitiative nimmt das Angebot des kosovarischen Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj an, Minister für die Rückkehr von Flüchtlingen und für nationale Gemeinschaften zu werden. Die Serben hatten die Parlamentswahl fast geschlossen boykottiert, doch stehen ihnen 10 reservierte Mandate zu.

1.2 Wirtschaft und Soziales

Beschäftigungslage, Unterstützungsleistungen für Bedürftige, Rente für Kriegsinvaliden⁴: Die Beschäftigungslage hat sich auch in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Die Arbeitslosenquote liegt bei ca. 57 %. Bei Jugendlichen unter 30 Jahren erhöht sie sich auf nahezu 70 %. Hierbei sind der informelle Sektor und die Beschäftigung in der eigenen Landwirtschaft jedoch nicht berücksichtigt. Unter Berücksichtigung auch dieser Bereiche dürfte die tatsächliche Arbeitslosenquote bei ca. 30 % liegen. Das durchschnittliche Arbeitseinkommen liegt bei ca. 150 Euro monatlich.

Die Gemeindeverwaltungen zahlen an Bedürftige sozialhilfeähnliche Leistungen. Diese betragen derzeit ca. 35.- (Einzelpersonen) bis ca. 65.- (Familien, unabhängig von der Zahl

³ Der Standard vom 26.02.2005 Serbenliste im Kosovo will ab März doch ins Parlament;
<http://derstandard.at/?url=/?id=1964427>

⁴ Auswärtiges Amt, Auskunft vom 25.01.2005 an das VG Saarlouis,

der Familienmitglieder). Diese Leistungen reichen allein nur schwerlich aus, die elementarsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Sog. zivile Kriegsinvaliden, d.h. Personen, die in dem Zeitraum vom 20.06.1998 bis zum 20.06.1999 auf Grund der kriegerischen Ereignisse im Mandatsgebiet Verletzungen erlitten haben oder deren Ehepartner/Kinder auf Grund dieser Ereignisse getötet wurden, erhalten eine Unterstützungsleistung durch die Gemeindeverwaltungen in Höhe von 35.- (Alleinstehende) bis 70.- (Verheiratete und Familien) monatlich.

Personen, die in der (früheren) BR Jugoslawien (ScG) den Status eines sog. Zivilen Kriegsinvaliden besitzen, können im Kosovo beim Ministerium für Arbeit und soziale Wohlfahrt einen Antrag auf Zahlung einer Invalidenrente stellen. Die Höhe dieser Invalidenrente beträgt derzeit monatlich 35.-

Personen ohne Wohnraum können sich an die Gemeindeverwaltung ihres Herkunftsortes wenden, die für die Unterbringung dieses Personenkreises in den sog. "Temporary Community Shelters" zuständig ist. In der Regel wird jede Familie in einem Raum untergebracht. Kosten entstehen den meist mittellosen Familien dadurch nicht.

Wirtschaftsentwicklung: Der Deutsche Joachim Rücker (vorher Stellvertreter des internationalen Gouverneurs in Sarajewo) übernimmt die von der EU geführte, vierte „Säule“ für Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaft im Kosovo stelle sich ihm zwar als schwieriger, aber nicht hoffnungsloser Fall dar. Der enorm hohen Arbeitslosigkeit und den chronischen Mängeln bei der Stromversorgung stünden reiche Vorkommen an Braunkohle und Edelmetallen gegenüber. Den Wert der Bodenschätze schätzt die Weltbank auf 13,5 Milliarden Euro.

Enorme Mängel bei der Stromversorgung: Im Januar/Februar waren 42 Dörfer von Kosovo-Albanern und vier Dörfer von Kosovo-Serben ohne Strom. Der Stromerzeuger KEK erklärte, er können nur noch in den Gebieten sofort die Schäden am Stromnetz beheben, in denen auch überwiegend die Stromrechnungen bezahlt werden. Die Stromkunden würden KEK etwa 200 Millionen Euro schulden.

Schutz- und Hilfemöglichkeiten im Kosovo für Frauen als Opfer familiärer Gewalt:

Am 17.03.2005 führte das deutsche Verbindungsbüro ein Gespräch mit der Vorsitzenden der NGO „Norma“, Lawyers Association (alb. Shoqata e Juristëve), Frau Valbona Salihu, in Pristina.

Frau Salihu führte zu Beginn aus, dass „Norma“ seit 1999 existiere und seit ca. zwei Jahren nicht nur kostenlose juristische Hilfe (auch durch die Vermittlung von Rechtsanwälten) für Frauen und Mädchen, sondern für die gesamte Bevölkerung anbiete. Weiterer Schwerpunkt

sei die Arbeit im Bereich des Schutzes der Menschenrechte und die Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen und Seminaren. Norma finanziere sich ganz überwiegend aus Spenden des Sozialfonds der Europäischen Wiederaufbauagentur, diese Finanzierung laufe allerdings Ende Juni 2005 aus, danach erhoffe man Zuwendungen aus dem Kosovo-Budget. Zweigstellen der NGO befänden sich in Skenderaj, Ferizaj, Podujevo und Kacanik (hier nur Beratung in Zivilrechtsfällen).

Zur Frage nach Schutz- und Hilfemöglichkeiten für Frauen, die sich vom Partner getrennt hätten, erklärte Frau Salihu, nach den im Kosovo geltenden Gesetzen seien Frauen und Männer gleichberechtigt, aber die Tradition hätte noch großen Einfluss, insbesondere in ländlichen Gebieten und bei wenig ausgebildeten Frauen. Soweit die Frau keine Kinder habe, werde sie in aller Regel von ihrer eigenen Familie aufgenommen. Wenn sie Kinder habe, akzeptiere die eigene Familie die Aufnahme mit den Kindern kaum. Die rechtliche Möglichkeit, von ihrem geschiedenen Ehemann Unterhaltszahlungen zu verlangen, bestehe natürlich, jedoch seien Ansprüche kaum oder gar nicht durchsetzbar, wenn der Mann nichts besitze. In der Regel sei das Oberhaupt der Familie des Mannes Eigentümer des Hauses, der Grundstücke etc., nicht der geschiedene Ehemann. In einem solchen Fall sei dann etwa eine allein erziehende Mutter mit einem Kind auf Sozialleistungen in Höhe von ca. € 60.- mtl. angewiesen, was kaum zum Leben reiche, geschweige denn dazu, eine Wohnung anzumieten. Ihr sei nicht bekannt, dass in solchen Fällen die Gemeindeverwaltungen Wohnraum zur Verfügung stellten. Nach ihrer Kenntnis existierten im gesamten Kosovo nur zwei öffentlich finanzierte Notunterkünfte für Frauen, die Opfer familiärer Gewalt geworden sind. Das Sozialministerium trage die Kosten.

In der Stadt Gjakove biete die NGO „Verein für den Schutz der Frauen und Kinder“ (alb. Shoqata per mbrojtjen e gruas dhe femijeve) Unterbringungsmöglichkeiten an, aber nur für sog. „Notfälle“ (Opfer sexueller Gewalt u.ä.) und allenfalls nur bis zu zwei Wochen.

Nach ihrer Kenntnis existieren in Gjakove und in Gjilan NGO-finanzierte Schutzhäuser (alb. Shtepia e sigurte) für Frauen/Kinder, ein Aufenthalt dort sei für einen längeren Zeitraum, aber nicht auf Dauer, möglich.

Die Mitarbeiterinnen dieser NGO sehen ihre Aufgabe darin, sich um die Versöhnung zwischen Mann und Frau zu bemühen. Wenn eine Versöhnung gelinge, werde die Frau mit ihren Kinder wieder in die Familie des Mannes aufgenommen, gelinge sie nicht, kehre in aller Regel die Frau in ihre Familie zurück, die gemeinsamen Kinder verblieben aber in der Familie des Vaters. Dies sei im Kosovo eine Tradition, gerade in ländlichen Gebieten und diese Tradition verhindere die „Entführung“ der Kinder aus der Familie der Mutter.

In der Vergangenheit sei durch das zuständige „Zentrum für soziale Arbeit“ (alb. Qendra per pune sociale) im Falle der Scheidung die Vormundschaft über die Kinder ganz überwiegend

dem Vater zugesprochen worden, dies, weil dessen Familie „ökonomisch leistungsfähiger“ wäre. In den letzten Jahren sei aber eine Veränderung zu bemerken, im Jahre 2004 seien in mehr als 50 % der Fälle die Kinder der Frau zugesprochen worden, sicherlich auch deshalb, weil in den letzten Jahren verstärkt Frauen sich eine eigene wirtschaftliche Basis durch Berufstätigkeit aufbauen konnten.

Auf die Frage angesprochen, welche Bedeutung sog. vermittelte Ehen im Kosovo hätten, gab Frau Salihu an, ihrem Eindruck nach habe sich die Zahl solcher von den jeweiligen Familienoberhäuptern/Eltern vermittelter Ehen im Kosovo in den letzten Jahren stark verringert, in ländlichen, stark traditionell geprägten Gebieten komme sie aber sicherlich noch vor. Von „vermittelten“ Ehen gegen den ausdrücklichen Willen der Frau sei ihr nichts bekannt. „Norma“ zumindest könne bisher von keinem Fall berichten, in dem sich eine Frau wegen dieses Problems an den Verein gewandt hätte.

1.3 Sicherheitslage

Seit den Märzunruhen hatte sich die Sicherheitslage im Kosovo wieder stabilisiert. Ethnisch bedingte Übergriffe sind nur vereinzelt mehr vorgekommen.

Im Berichtszeitraum kam zu folgenden ernstesten Zwischenfällen:

- Anfang Januar wurde in Prizren ein nigerianischer UNMIK-Polizist durch eine Bombenexplosion in seinem Auto getötet. Die Ermittlungen hätten ergeben, dass die Bombe an dem parkenden Fahrzeug befestigt wurde und per Fernzündung zur Detonation gebracht worden sei⁵.
- Ende Januar wurde der Kosovo-Albaner Sadik Musa bei einer Schießerei in Pec schwer verwundet. Es scheint sich um einen Racheakt zu handeln, da Sadik Musa im Prozess gegen die sog. Dukadjin-Gruppe als Zeuge, u.a. gegen Ramush und Daut Haradinaj aussagte.
- Anfang Februar wurde ein Anschlag auf das Fahrzeug des kosovo-serbischen Politikers Oliver Ivanovic in Nord-Mitrovica verübt. Ivanovic blieb unverletzt. Es wird vermutet, dass die Tat politisch motiviert war. Oliver Ivanovic kandidierte trotz Boykott-Aufrufen für die Serbische Liste für Kosovo-Metohija.
- Im März wurde in der Region Pec ein UN-Fahrzeug mit Handgranaten angegriffen, in Gjakova ein Polizeifahrzeug von Unbekannten beschossen.
- Am 29. März wurde ein älteres serbisches Ehepaar von einer Bande junger Albaner überfallen. Das Ehepaar (71 und 73 Jahre) wurde außerhalb ihres Hauses im dem Dorf Crkolez, 50 km nordwestlich von Pristina, mit Messern überfallen und schwer verletzt.

Das Paar lebte dort zusammen mit 160 anderen Serben in dem Dorf, das umgeben ist von albanischen Dörfern.

Aus Angst vor Unruhen im Zusammenhang mit der Anklageerhebung gegen den Premierminister Haradinaj hatte die KFOR bereits im Vorfeld mit zusätzlichen 600 Soldaten aus Deutschland und 500 britischen „Royal Green Jackets“ die Truppe auf 20.000 Mann verstärkt. In der Nähe des Geburtsorts von Haradinaj im westlichen Grenzgebiet zu Albanien startete die UNMIK ein groß angelegte Suche nach weiteren möglichen albanischen Kriegsverbrechern.

Bericht des Verbindungsbüros vom 14.03.2005 zur Sicherheitslage wegen des Rücktritts des Premierministers Haradinaj:

Nach dem Rücktritt des Premierministers Ramush Haradinaj am 08.03.05 und seiner Ausreise nach Den Haag am 09.03.05 wird die allgemeine Sicherheitslage als derzeit ruhig, aber instabil beschrieben. Das deutsche und britische KFOR-Kontingent wurde verstärkt. Der Kosovo Police Service (KPS) führt verstärkt Fahrzeugkontrollen durch. Vor der Abreise von Haradinaj nach Den Haag gab es starke Sicherheitsvorkehrungen. Britische KFOR-Soldaten bezogen schon in den frühen Morgenstunden Stellung an allen Kreuzungen zwischen dem Stadtzentrum von Pristina und dem etwa zwölf Kilometer entfernten Flughafen. Haradinaj flog mit einer Maschine der von der NATO geführten Kosovo-Stabilisierungstruppe (KFOR) nach Den Haag. In Pristina und Decan wurden in den letzten Tagen Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern durchgeführt, organisiert durch den Studentenverband und dem Veteranenverband der UCK, sie verliefen friedlich. Redner bezeichneten die Anklageschrift als „serbische Inszenierung und offensichtlich konstruiert“. Für zwei Handgranatenschläge auf UNMIK-Polizeifahrzeuge im Raum Peje/Pec in der vergangenen Woche, bei denen keine Menschen verletzt wurden, erklärte sich in der (stark nationalistisch gefärbten) Tageszeitung Epoka e Re eine – bisher weitgehend unbekannte- „Albanian Liberation Army“ (ALA, alb. UCSH) „verantwortlich“. Diese Gruppe ruft „alle Mitglieder der früheren Armeen (KLA, UCPMB und ANA) zu einer Generalmobilmachung auf, bis die Mission vollendet sei“. UNMIK kritisierte die Veröffentlichung dieses Aufrufes. Die „ANA“ ist in den vergangenen Wochen bisher nur durch wenige „statements“ an die Öffentlichkeit getreten. Wie auch schon bei den März-Unruhen 2004 zeigt sich wieder ein bedeutsamer Einfluss des UCK-Veteranenverbandes (alb. Shoqata e Vetereaneve te Luftes) auf das aktuelle Geschehen, mediales „Sprachrohr“ dabei ist die Tageszeitung Epoka e Re, die am 08.03 titelte „UNMIK books ho-

⁵ Deutsches Verbindungsbüro, Presseschau Kosovo, 2. KW 2005

tels in Skopje!“ (bezogen auf eine mögliche Evakuierung des VN-Personals). Die „ALA“ kann derzeit nicht eingeschätzt werden.

In der Nacht vom 11.03. auf den 12.03.05 wurden durch Gewehrbeschuss die "Satelliten-Schüsseln" des UNMIK-Headquarters beschädigt. Die externe Telekommunikation der UNMIK (einschließlich UNMIK-Police und KPS) fiel daraufhin für 3 Tage aus.

Am Morgen des 15. März wurde auf Präsident Ibrahim Rugova ein Bombenanschlag verübt. Er blieb unverletzt. Er war auf dem Weg zu einem Treffen mit dem außenpolitische Koordinator der Europäischen Union (EU), Javier Solana, als die Bombe explodierte. Sie war Polizeiangaben zufolge in einem großen Müllcontainer aus Metall versteckt und wurde vermutlich mit einer Fernsteuerung gezündet, als der Konvoi des Präsidenten vorbei rollte. Rugovas schwarzer Jeep wurde beschädigt. Mindestens ein Mensch sei verletzt worden, teilte die Polizei mit. Einige Gebäudefenster in der nächsten Umgebung des Explosionsortes zerbarsten.

Studenten der Uni Pristina veranstalteten am 21.03.2005 ein „Solidaritätskonzert“ für Haradinaj mit mehreren Tausend Besuchern, es blieb friedlich.

1.4 Sonstiges

Bevölkerungsstatistik: Trotz des Fehlens eines Bevölkerungsregisters hat das Statistikamt Kosovos (ESK) die Bevölkerungsstatistik Kosovos im Zeitraum 2002/2003 vorgestellt, die Grunddaten zur Zahl der Geburten und Sterbefälle sowie Eheschließungen enthalten.

Die statistischen Daten wurden von den Standesämtern gesammelt. ESK-Manager Hysni Thaçi gab an, die Veröffentlichung dieser Daten erfolge, um ein aktuelles Vakuum zu füllen, da es seit 23 Jahren keine Volkszählung mehr gegeben habe. Kosovo sei das einzige Land der Welt, das nicht wisse, wie viele Einwohner es habe.

Nach den Angaben ist die Geburtenzahl rückläufig. Im Jahre 2002 wurden 36.000 Geburten verzeichnet, 32.000 im Jahre 2003. Im Jahre 2002 wurden 5.654 Sterbefälle verzeichnet und im Jahre 2003 6.417. Allerdings wurden zahlreiche Todesfälle nicht registriert, da die Meldung von den Familien unterlassen worden sei. Laut den Statistiken wurden im Jahre 2002 18.000 Eheschließungen verzeichnet, im Jahre 2003 17.000⁶.

Die letzte Volkszählung wurde im Kosovo 1981 durchgeführt. Eine offizielle Zählung der Bevölkerung, der Wohnungen und der Haushalte soll im Frühjahr 2006 stattfinden, weil jetzt

auch das Volkszählungsgesetz verabschiedet worden ist. Die Vorbereitungen dazu sind angelaufen⁷.

2. Verwaltung, Justiz und Polizei

UNMIK übergibt erste Gefängnisse: Nach wie vor ist die UNMIK grundsätzlich für Polizei, Justiz und Verwaltung verantwortlich. Zum 1. Februar 2005 hat die UNMIK die Gefängnisse in Prizren und Pec offiziell in kosovarische Verwaltung übergeben. Das Gefängnis in Prizren steht nun unter der Leitung von Mr. Hyriet Selaj, das in Pec unter der Leitung von Mr. Agolo Kolic. Es sind die ersten Gefängnisse, die damit unter Kontrolle der kosovarischen Institution stehen. Die Gefängnisse in Pristina, Mitrovica, und Gjilan stehen weiterhin unter UNMIK-Verwaltung.

Es ist geplant, bis 2006 alle Bereiche der Polizei und Justiz, die bisher noch unter internationaler Verwaltung stehen, an die lokalen Organisationen zu übergeben.

3. Rückführungen / Rückkehr

3.1 Rückführungen

Für Rückführungen in den Kosovo gelten seit Kriegsende (Juni 1999) nach wie vor die Vorgaben der internationalen Zivilverwaltung des Kosovo (UNMIK).

Es gilt weiter das Memorandum of Understanding (MoU) vom 17. November 1999, das besagt, dass Rückführungen nur im Zustimmung von UNMIK durchgeführt werden können. Ein weiteres Memorandum wurde am 31. März 2003 vereinbart. Laut dieser Vereinbarung konnten seit 1. April 2003 innerhalb eines Jahres stufenweise bis zu 1.000 Angehörige von Minderheiten in den Kosovo zurückgeführt werden, unter anderem Türken, Bosniaken, Ashkali und Ägypter. Für rückzuführende Ashkali und Ägypter wurde ein individuelles Prüfverfahren durchgeführt. Eine zwangsweise Rückführung ethnischer Serben und Roma aus dem Kosovo war wegen der bei UNMIK weiterhin bestehenden Vorbehalte bis auf weiteres nicht möglich.

Gemäß den Ergebnissen der Expertengespräche mit UNMIK im Juni 2004 in Berlin werden wegen den Märzunruhen 2004 jedoch Abschiebungen von Serben und Roma sowie Ashkali

⁶ KOSOVA LIVE, Pristina, 28.12.2004

⁷ Migration – Alltag im Kosovo, 17.02.2005, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,Sachsen1492736,00.html>

und Ägypter aus dem Kosovo von UNMIK nicht akzeptiert. Lediglich für die Angehörigen der Minderheitengruppen der Bosniaken, Gorani, Torbesh und Türken wurden ab dem 01.07.2004 die Rückführungen wieder aufgenommen.

Ethnische Albaner aus Gebieten im Kosovo, in denen sie eine Minderheit darstellen, dürfen ebenfalls nicht abgeschoben werden. Dies gilt insbesondere für Albaner aus dem Norden der Stadt Mitrovica und den Gemeinden Zvecan, Zubin Potok und Leposavic.⁸

Die Zuständigkeit bei zwangsweisen Rückführungen liegt weiterhin beim ORC (Office of Community and Return) der UNMIK. Herr Karsten Lütke vom UNHCR ist zukünftig verantwortlicher Mitarbeiter. Dabei lehnt der UNHCR Rückführungen unter Verweis auf das Policy Paper vom August 2004 und Januar 2005⁹ von an PTBS erkrankten Personen weiterhin ab (vgl. hierzu auch unter Punkt 4).

Gespräch des Leiters der Vertretung und des deutschen Verbindungsbeamten am 09.03.05 mit Herrn Kilian Kleinschmidt, UNMIK-Office of Returns, Acting Director: Hierbei deutete Herr Kleinschmidt an, dass der SRSG bei einem geplanten Treffen mit Vertretern der Partnerstaaten auf hoher Ebene am 12.04.05 in Pristina die bisherige strikt ablehnende Haltung zur zwangsweisen Rückführung von Aschkali, evtl. auch Roma ändern werde, wegen der hohen Zahl von ausreisepflichtigen Minderheitenangehörigen auch in anderen Staaten, wie CH, GB, F, NOR etc., sei jedoch eine gemeinsame zahlenmäßige Limitierung zu vereinbaren, um die aufnehmenden Kommunen nicht zu überfordern. ORC wünsche gleiche oder doch vergleichbare Übereinkünfte zur Rückführung von Minderheitenangehörigen mit den Partnerstaaten. Die Wohnraumsituation für mögliche Rückkehrer sei prekär, die Kommunen und UNMIK hätten keine ausreichenden Finanzmittel zum Aufbau eines Sozialwohnungs-Programms. Eine Unterbringung in Notunterkünften sei für ORC nicht akzeptabel.

⁸ vgl. BAMF, Erkenntnisse des Bundesamtes vom Juli 2004 und Dezember 2004

⁹ vgl. UNHCR, Verfügbarkeit angemessener medizinischer Behandlung von posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) im Kosovo (UNMIK-Dokument), Januar 2005

Statistik ausreisepflichtiger Kosovo-Albaner in der Bundesrepublik Deutschland (31.12.2004)

Bundesland	Anzahl	Veränderungen zu 2003
Baden-Württemberg (BW)	2.325	- 2.113
Bayern (BY)	1.814	- 345
Brandenburg (BB)	97	-13
Berlin (BE)	956	144
Bremen (HB)	77	- 22
Hamburg (HH)	297	34
Hessen (HE)	757	-937
Mecklenburg-Vorpommern (MV)	85	28
Niedersachsen (NI)	1.138	- 431
Nordrhein-Westfalen (NW)	6.195	- 879
Rheinland-Pfalz (RP)	1.184	- 51
Saarland (SL)	165	11
Sachsen (SN)	299	79
Sachsen-Anhalt (ST)	185	- 58
Schleswig-Holstein (SH)	298	- 220
Thüringen (TH)	279	- 220
Gesamt	16.151	- 4.838

Statistik ausreisepflichtiger Minderheitenangehöriger in der Bundesrepublik Deutschland (31.12.2004)

Land	Serben	Sinti/Roma	Ashkali	Ägypter	Gorani / Tobesh	Bosniaken	Türken	Sonstige	Gesamt
BW	152	4.216	2.470	741	139	875	11	101	8.206
BY	14	527	416	37	26	43	5	0	1.068
BB	5	50	21	15	0	4	0	0	95
BE	18	38	25	0	4	0	5	248	338
HB	2	776	37	6	2	10	0	12	845
HH	16	446	39	2	6	5	0	77	591
HE	47	479	171	524	52	151	7	5	1.436
MV	17	301	62	7	1	6	5	0	399
NI	155	5.746	883	147	23	294	4	80	7.332

NW	128	8.513	2.844	0	0	313	0	977	12.775
RP	72	1.741	737	97	16	54	2	67	2.786
SL	1	289	165	287	8	6	0	31	787
SN	2	201	136	5	0	8	0	0	352
ST	10	748	119	15	0	23	0	10	925
SH	20	123	13	0	8	5	2	9	180
TH	10	157	59	0	0	8	0	11	245
Gesamt	670	24.351	8.197	1.883	285	1.305	41	1.628	38.360

2003	-174	392	89	536	-117	251	-169	-523	285
-------------	-------------	------------	-----------	------------	-------------	------------	-------------	-------------	------------

Im Ergebnis ist festzustellen, dass sich im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der ausreisepflichtigen Kosovo-Albaner deutlich verringert (von 20.989 Personen in 2003 auf 16.151 in 2004) hat. Die Zahl der ausreisepflichtigen Minderheitenangehörigen hat sich dagegen geringfügig erhöht (von 38.075 Personen auf 38.360).

Insgesamt ergibt sich damit eine Zahl von **54.511** ausreisepflichtigen Kosovaren aus Deutschland.

Im Jahr 2004 wurden 1.368 Personen (Kosovo-Albaner) aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben.

3.2 Rückkehrstatistik

	2000	2001	2002	2003	11/2004	Gesamt
Serben	1.826	679	966	1.549	733	5.753 (47,6%)
Roma	20	214	390	287	361	1.272 (10,5%)
Ashkali/Ägypter	0	533	884	1.182	501	3.100 (25,7%)
Bosniaken	57	0	149	393	429	1.028 (8,5%)
Gorani	3	0	73	145	133	3.54 (2,9%)
Albaner	0	27	294	245	8	5.74 (4,8%)
Total	1.906	1.453	2.756	3.801	2.165	12.081 (100%)

Von den über 240.000¹⁰ geflüchteten und vertriebenen Minderheitenangehörigen sind seit dem Jahr 2000 bis einschließlich November 2004 12.081 freiwillig in die Provinz zurückgekehrt¹¹.

Die Zahlen beinhalten sowohl die Rückkehr von Binnenvertriebenen als auch von Flüchtlingen aus Drittländern.

Der Minister für Rückkehrer (PISG), Slavisha Petkovic, sprach am 05.03.05 in der Presse davon, dass in den letzten Wochen 85 serbische Familien in den Kosovo, hauptsächlich in die Region Lipjan, zurückgekehrt seien, „das seien mehr als in fünf Jahren unter Covic“ (Vorsitzender des serb. Kosovo Coordination Centre).

Der Kosovo-Ombudsmann für Menschenrechte Marek Nowicki¹² erklärte in einem Brief, den er an die Innenministerien Italiens, Deutschlands und Schwedens sowie an die UN, OSCE, EU, an die Helsinki Human Rights International Federation, an den UNMIK Verwalter Jessen-Petersen und an den (ehemaligen) Premierminister Haradinaj übermittelte, dass nicht-serbische Minderheiten im Kosovo keine Zukunftsaussichten hätten. Die Möglichkeiten für Roma, Aschkali und Ägypter, ein normales Leben zu führen, seien sehr begrenzt und eine Rückkehr in den Kosovo wäre zurzeit außerordentlich riskant.

4. Medizinische Versorgung

4.1 Allgemeines

Säuglingssterblichkeit in Kosovo: Auf einer Konferenz in Pristina werden von der UNICEF ermittelte Zahlen zur Säuglingssterblichkeit bekannt gegeben; Kosovo hat mit 27 pro 1.000 Geburten den höchsten Anteil; in Albanien ist die Zahl auf 12 zurückgegangen.

AIDS: Im Kosovo gibt es seit 1996 58 HIV-Infizierte Personen, 25 davon sind bereits gestorben. Der Abteilungsleiter für Infektionskrankheiten an der Universitätsklinik Pristina erklärte, eine Behandlung erfolge nur bei Komplikationen, die Folge dieser Krankheit seien, eine Therapie sei nicht möglich.

¹⁰ Die angegebene Zahl von geflüchteten/vertriebenen Minderheitenangehörigen (240.000) ist umstritten und beruht im Wesentlichen auf Angaben der serbischen Regierung.

¹¹ UNHCR, Minority Returns to Kosovo – Update including November 2004; vgl. zum Ende Januar 2004 waren es 9.779 freiwillige Rückkehrer

¹² Koha Ditore, 08.03.05

4.2 Psychotherapeutische Behandlungsmöglichkeiten von traumatisierten Personen (PTBS)

- Das Auswärtige Amt¹³ verweist in seiner jüngsten Auskunft hinsichtlich der psychotherapeutischen Behandlungsmöglichkeiten von traumatisierten Menschen im Kosovo auf den Asyllagebericht des Auswärtigen Amtes zu Kosovo vom 04.11.2004. Bei Vorlage spezifischer Atteste im Einzelfall versuche das Deutsche Verbindungsbüro Kosovo durch Befragung von Ärzten vor Ort die jeweiligen Behandlungsmöglichkeiten zu klären. Es sei jedoch schwierig, eine generelle Einschätzung der Lage vor Ort zu geben, die jeweils Schlüsse auf die Situation im Einzelfall zulassen würde. Die UNMIK verspricht seit längerem die Vorlage einer Liste aller Gesundheitseinrichtungen, aber auch beim letzten Expertentreffen zwischen Vertretern von UNMIK und dem Bundesministerium des Innern wurde von UNMIK darauf hingewiesen, dass die Erstellung der Liste beabsichtigt sei, aber wegen der schwierigen Situation vor Ort noch nicht realisiert werden konnte.
- In einer gemeinsamen Stellungnahme von UNMIK, ORC und dem Gesundheitsministerium des Kosovo¹⁴ werden hinsichtlich einer effektiven Behandlung von PTBS im Kosovo folgende vorrangigen Schwierigkeiten festgestellt:
„ein genereller Mangel an psychologisch geschultem Personal,
unzureichende finanzielle Mittel,
keine hinreichende Zahl an Fachleuten, die befähigt wären, die speziellen Bedürfnisse von Patienten beurteilen zu können,
die Unerreichbarkeit medizinischer Versorgung in ländlichen Gegenden.
.....Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums bestätigen, dass eine angemessene Behandlung von PTBS im Bereich des öffentlichen Gesundheitssystems nicht gewährleistet ist.Auch auf der zweiten Stufe des Gesundheitssystems, das durch Nichtregierungsorganisationen getragen ist, erweisen sich die Institutionen als unzureichend.....
Auf der Grundlage der Ausführungen bleibt UNMIK der Auffassung, dass Personen, die an PTBS erkrankt sind und sich auf Grund dieser Erkrankung in Behandlung befinden, nicht zwangsweise in den Kosovo abgeschoben werden sollten.“

¹³ Auswärtiges Amt, Auskunft vom 20.12.2004 an das VG Regensburg

¹⁴ UNMIK; Availability of Adequate Medical Treatment for Post-Traumatic Stress Disorder (PTSD) in Kosovo; January 2005

- **Bericht des Verbindungsbüros über die Arbeit von Medico Mondiale**

Am 03.03.2005 führte das Verbindungsbüro ein Gespräch mit Frau Vepore Shehu (Executive Director) und Frau Nesrete Zeka (Psychosocial Coordinator), Mitarbeiterinnen der NGO „Medica Kosova“ aus Gjakova.

Diese Organisation wurde im August 1999 durch Medico Mondiale e.V. (Köln) gegründet und hat ihren Sitz in der Stadt Gjakova, Rr.Luigj Gurakuqi 39, Tel.:++381-390-21139, e-mail: medicam_kosova@yahoo.com. Zweigstellen in anderen Orten gebe es wegen fehlender Finanzmittel nicht.

Medica Kosova beschäftigt insgesamt 11 Mitarbeiterinnen (halbtags), darunter zwei Gynäkologinnen und zwei Krankenschwestern. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die psycho-soziale, gynäkologische und juristische Beratung/Behandlung von Frauen und Mädchen, die unter Traumatisierungen, auch PTBS- leiden, gleichfalls von Patientinnen mit Stresssymptomen; auch Opfer sexueller Gewalt erhalten dort Hilfe.

Die Mitarbeiterinnen verfügen nicht über abgeschlossene akademische Therapieausbildungen (Psychologie, Psychotherapie), wurden aber nach Auskunft von Frau Shehu in den letzten fünf Jahren fortlaufend durch Fachleute, wie den Prof. für Psychologie Dr. Willy Butolo (Uni München), Dr. Juniku (Uni Pristina) und die klinische Psychologin Sonja Johnsen (D) ausgebildet und tragen die Berufsbezeichnung „psycho-soziale Beraterin für traumatisierte Personen“. Im Unterschied zu den Mental Health Centres erfolgt die Therapie ausschließlich nicht-medikamentös.

Bis zum Jahr 2004 wurde die Organisation durch Finanzmittel des BMZ¹⁵ und der GTZ¹⁶ unterstützt. Es werden Gruppentherapien und Einzeltherapien angeboten. Als Therapiearten gab Frau Zeka, Dipl. Soziologin und in der Vergangenheit in einem Zentrum für Sozialarbeit tätig, die „Symbolmethode, Rollenspielmethode, Bibliothherapie, Kunst- und Wahrnehmungstherapie, kognitive Therapie“ an. Die Mitarbeiterinnen seien auch in der „Eye Movement Desentization and Reprocessing (EMDR) Methode, mit der der Grad der Traumatisierung gut feststellbar sei, unterrichtet worden. EMDR habe sich aber oft als wenig hilfreich für die Patientinnen erwiesen.

Bisher seien rund 890 Patienten in Einzeltherapien betreut worden, mit denen an die 25.000 Gespräche geführt worden seien. Gruppentherapie erfolge seit dem Jahr 2003. An gruppentherapeutischen Sitzungen hätten bisher 560 Patientinnen teilgenommen.

Hinsichtlich der Effektivität der angewandten Therapiemethoden gab Frau Zeka an, dass nach jeder Therapiesitzung ein Report, dann ein Monatsreport und schließlich ein „final report“ von den Beraterinnen erstellt werde. Auf Grund der Anwendung bestimmter - nä-

¹⁵ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
¹⁶ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GmbH)

her bezeichneter - Indikatoren könne dann jeweils eine Effektivitätsbewertung durchgeführt werden.

Auf die Frage hinsichtlich von Wartezeiten für die psycho-soziale Beratung, gab Frau Zecka an, „der Terminkalender sei natürlich voll, aber bei akuten Fällen würde zeitnahe geholfen, z.B. wenn ihnen die Polizei sexuell missbrauchte Opfer schicke.“

Hinsichtlich einer US-amerikanischen Studie, die von bis zu 200.000 behandlungsbedürftigen Personen im Kosovo ausgeht, die durch die kriegerischen Ereignisse in 1998/1999 traumatisiert worden seien, gab Frau Shehu an, es sei hierdurch zu einer „kollektiven Traumatisierung“ der albanischen Bevölkerung gekommen wegen der erfahrenen Schutzlosigkeit.

Eine Schätzung der aktuell behandlungsbedürftigen Patienten könne sie nicht abgeben, die Verarbeitungszeit von Traumatisierung sei individuell jedoch unterschiedlich lang, sie könne sich manifestiert haben oder auch nicht. Sie selbst spreche in diesem Zusammenhang auch von einem „transgenerativen Trauma“ (Übertragung auf die nächste Generation).

Frau Shehu betonte das interdisziplinäre Angebot von Medica Kosova (psycho-sozial und gynäkologisch). Die Organisation verfüge über eine stationäre und eine mobile gynäkologische Ambulanz. Letztere sei aufgebaut worden, um auch Frauen, die in abgelegenen Dörfern (in der Gjakova-Municipality) lebten, eine bequemere Behandlungsmöglichkeit zu eröffnen. Die Gynäkologinnen führten bei den Frauen/Mädchen auch mit Hilfe eines Fragenkatalogs eine psycho-soziale Anamnese durch, um PTBS-Symptome zu erforschen. Soweit Symptome erkennbar seien, würde empfohlen, die psycho-soziale Beratung in Anspruch zu nehmen.

Die Ambulanz sei eine Art „Tor“ für die Patientinnen, um auch die Beratung zu erhalten; hierdurch könne die Tabuisierung psychischer Erkrankungen in der kosovo-albanischen Gesellschaft etwas aufgebrochen werden. Noch bedeutsamer sei allerdings die Tabuisierung des sexuellen Missbrauchs, die Opfer fürchteten Stigmatisierung.

Behandlung und Beratung seien kostenlos, auch die Medikamente und Schwangerschaftsverhütungsmittel würden den Patientinnen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Therapieerfolge würden aber belastet durch die zunehmend schwierigere soziale/wirtschaftliche und politische Lage im Kosovo und dem Mangel an institutioneller Hilfe im öffentlichen Gesundheitswesen. Dieses Umfeld verstärke die Entstehung von Depressionen und Stresssymptomen.

Auch sei die Zahl der Selbsttötungen im Kosovo nach ihrer Kenntnis in 2004 auf 176 angestiegen.

- **Gespräch mit Frau Dr. med. Zyhra Muharremi, Pristina, am 04.03.2005**

Zu ihrer Qualifikation gab Frau Muharremi an, Fachärztin (alb. Spezialiste) für Psychiatrie/Psychotherapie zu sein. Die psychiatrische Fachausbildung habe sie an der Universität Zagreb erworben. Bis 1989 habe sie in Pristina praktiziert. Von 1989 bis 1999 habe sie dann in der Schweiz als Ärztin gearbeitet und dort an der Universität Lausanne die Zusatzqualifikation im Bereich Psychotherapie (Gruppenpsychotherapie) erworben. An der Universität Bilbao habe sie einen Master-Abschluss in Gruppentherapie erworben. Seit 1999 betreibe sie eine fachärztliche Praxis in Pristina (jetzt im Stadtteil Dardania, SU-3/2 LG, Tel. 044-239 332).

In der Hauptsache behandle sie auf psychoanalytischer Grundlage Psychosen, Neurosen, Angstsyndrome, unterschiedliche Arten von Depressionen und auch posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS). Die psychoanalytische Therapie stehe dabei im Vordergrund, die medikamentöse nur dort, wo sie notwendig sei. Die Entspannungstherapie bilde den Schwerpunkt, Anwendung finde aber auch die kognitive Therapie. Durch psychotherapeutische Testverfahren zu Beginn der Therapie, nach ca. 3 bis 4 Monaten und bei Abschluss der Therapie kontrolliere sie die Effektivität. Falls kein Therapieabbruch erfolge, würden regelmäßig gute Erfolge erzielt, insbesondere im Hinblick auf eine Reintegration in das Privat-/Berufsleben.

Zu den Kosten einer Therapiesitzung wollte sich Frau Muharremi gegenüber dem Verfasser nicht konkret äußern, es erfolge eine Honorarabsprache mit dem Patienten.

Frau Muharremi führte weiter aus, dass eine Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verbindungsbüro in Pristina bestehe. In Einzelfällen würde sie aus der Schweiz zurückkehrende kosovarische PTBS-Patienten behandeln, die Behandlungskosten trage die schweizerische Regierung.

Bisweilen werde sie auch vom Schweizerischen Verbindungsbüro gebeten, zusammen mit dem dort zuständigen Repatriation Officer Rückkehrer mit psychischen Problemen am Flughafen Pristina in Empfang zu nehmen.

Für eine derartige Zusammenarbeit stehe sie auch dem Deutschen Verbindungsbüro zur Verfügung.

- **Gespräch mit Herrn Dr. Neki Juniku, Professor für Psychologie an der Philosophischen Fakultät der Universität Pristina am 07.03.2005**

Nach seinen Angaben wurde die Abteilung für Psychologie im Jahre 2001 gegründet. Vor 1999 habe eine derartige Studienmöglichkeit im Kosovo nicht bestanden. Derzeit seien rund 240 Studenten immatrikuliert, in 2004 seien die ersten Bachelor-Abschlüsse erfolgt,

der sich anschließende zweijährige Master-Studiengang werde von ca. 35 Studenten belegt.

In seiner Abteilung lehrten zwei hauptamtliche und ein emeritierter Professor. Weiterhin seien 3 Psychologen mit MA-Abschluß dort beschäftigt. Klinische Psychologie und Psychoanalyse seien Teil des Lehrprogramms, auch personenzentrierte Gesprächspsychotherapie „nach Rogers“. Der Ausbildungsstand bei BA- und MA-Abschluss reiche jedoch noch nicht an die westeuropäischen Standards heran.

Beschäftigungsmöglichkeiten für die zukünftigen Absolventen sehe er vor allem in der klinischen Psychologie und der Schulpsychologie, soweit die Finanzmittel hinreichen. Seiner Kenntnis nach betrage die Anzahl der im Kosovo tätigen Psychologen weniger als 10, ein Psychologe sei in der Universitätsklinik in Pristina tätig, ca. 5 bis 8 Psychologen seien in den Zentren für Soziale Arbeit (vergleichbar mit den Jugendämtern in Deutschland) und in Schulen beschäftigt.

Auf Nachfrage führte Dr. Juniku weiter aus, dass ihm keine Studien bekannt seien hinsichtlich der geschätzten Anzahl von Personen im Kosovo, die an Symptomen von PTBS leiden. Die Anzahl dürfte aber hoch sein. Schätzungen seien schwierig, weil die Betroffenen traumatisierende Ereignisse unterschiedlich und auch in einem nicht bestimmbar Zeitrahmen verarbeiten. Auch bestehe die Gefahr einer Retraumatisierung, z.B. aufgrund von Armut und Arbeitslosigkeit.

4.3 Sonstige neuere Einzelauskünfte

- Morbus Crohn ist im Kosovo nicht ausreichend behandelbar¹⁷.
- Eine paranoid-halluzinatorisch Schizophrenie ist nicht adäquat behandelbar¹⁸.
- Sozialpädiatrische Betreuungseinrichtungen im Kosovo nicht bekannt; Logopädie kann durchgeführt werden¹⁹.
- Ein HWS-Syndrom und LWS-Syndrom bei Verschleißerscheinungen ist im Kosovo medizinisch behandelbar, die operativen Möglichkeiten sind im Kosovo jedoch beschränkt. Ein BWS-Syndrom bei Verschleißerscheinungen ist im Kosovo nicht behandelbar²⁰.

¹⁷ Deutsches Verbindungsbüro Kosovo, Auskunft vom 15.12.2004 an das BAMF

¹⁸ Deutsches Verbindungsbüro Kosovo, Auskunft vom 10.12.2004 an den Landkreis Marburg

¹⁹ Deutsches Verbindungsbüro Kosovo, Auskunft vom 09.12.2004

²⁰ Deutsches Verbindungsbüro Kosovo, Auskunft vom 08.12.2004

5. Migration

Visaerteilung: Im Jahr 2003 wurden durch das deutsche Verbindungsbüro 14.236 Touristenvisa und 4.140 Visa, in der Hauptsache für Familienzusammenführung erteilt.

Im Monat April 2004 beantragten 487 Personen ein Visum zum Zwecke der Familienzusammenführung in Deutschland. 78 Anträge wurden abgelehnt, 409 Personen erhielten ein Visum zur Familienzusammenführung.

Im Monat August 2004 wurden durch das deutsche Verbindungsbüro im Kosovo 895 Visa erteilt, davon 338 Touristenvisa und 527 Visa zur Familienzusammenführung (904 Anträge wurden abgelehnt).

Es besteht nach wie vor ein erheblicher Migrationsdruck durch Verschlechterung der ökonomischen Lage²¹.



Andrang vor dem Deutschen Haus in Pristina (Visastelle) im März 2005 (Foto: Deutsches Verbindungsbüro)

²¹ Im Jahr 2004 haben 3.855 Antragsteller aus Serbien und Montenegro in Deutschland um Asyl nachgesucht (davon ca. 70 % aus dem Kosovo). Weitere 4.610 haben in Deutschland einen Asylfolgeantrag gestellt.